

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Verlegungen nehmen die Anzeigen und für Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000.

Nr. 177

Donnerstag, den 1. August 1929

24. Jahrgang

### Die Konferenz im Haag

Deutsch-französische Streitfragen — Um die Verteilung der Beute — Die Erklärung Snowdens — Schwere Auseinandersetzungen

Wenn nicht alles klappt, wird die politische Konferenz der Alliiertenstaaten und Deutschlands zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage jetzt doch am 8. August im Haag zusammenkommen. Zwischen Frankreich und Deutschland einerseits und England andererseits besteht eine Reihe von Streitfragen, deren Lösung viel guten Willen der Verhandlungspartner erfordert. Angesichts der schweren Auseinandersetzungen und des Ausmaßes der öffentlichen Meinung in allen beteiligten Ländern erscheint es zweckmäßig, den 3. November offen ins Auge zu fassen.

Die deutsch-französischen Streitfragen drängen sich jetzt schon um vier Punkte. Nämlich erstens die Rheinlandräumung, zweitens die Kontrollkommission, drittens die Saarfrage und viertens die Revisionen des Young-Planes.

Die Franzosen wollen die besetzten Gebiete nicht bedingungslos räumen. Poincaré und Briand haben es ausdrücklich abgelehnt, dieser Forderung der französischen Linien zu entsprechen. Was sie wollen, hat der dem Quai d'Orsay nachstehende Publizist Wladimir d'Ormesson in der letzten Nummer der „Europe Nouvelle“ niedergelegt. Nach seiner Auffassung ist der 431. Artikel des Versailler Vertrags, der von den Bedingungen der Rheinlandräumung handelt, erst dann gegeben, wenn der Young-Plan funktioniert, was aber erst dann der Fall ist, wenn die Kommerzialisierung der ungeschädigten Young-Annullitäten erfolgt ist. Nach dieser These würden die besetzten Gebiete nicht eher geräumt werden, als bis die internationale Bank die ersten mobilisierten Annullitätenbeträge den Alliiertenmächten gutgeschrieben hätte. Es steht außer Frage, daß diese Auffassung ebenso juristisch begründet ist, wie sie politisch dem Geiste einer wirklichen Friedenskonferenz widerspricht.

Die Forderung einer Feststellungs- und Verfassungskommission soll nach den Verhandlungen aus Paris nicht überhört werden. In den Kreisen um Briand denkt man daran, diese Kommission als reine Beobachtungsinstanz auszubauen, deren Sitz gar nicht im Rheinland zu sein braucht, deren Mitglieder vom Völkerbundrat zu ernennen wären und die erst im Falle der Umsetzung des Völkerbundesrats in Aktion zu treten hätte. Die Franzosen verlangen jedoch, daß diese Kommission unbefristet aus Dasein tritt, während für die deutsche Reichsregierung diese Forderung, selbst auf die Gefahr hin, daß an ihr die ganze Reparationskonferenz scheitert, abgelehnt wird.

Dinstaglich der Aufstellung der Saarfrage stehen sich der deutsche und französische Standpunkt völlig gegenüber. Paris will von politischen Verhandlungen über die Saarfrage, zu denen nach französischer Auffassung der Völkerbund hinzugezogen werden müßte, absolut nichts wissen, da sie eine Revision des Versailler Vertrages in sich schließen würden. Dagegen verlangen alle deutschen Parteien, daß bei den bevorstehenden politischen Verhandlungen auch die Saarfrage aufgerollt wird.

Durch die letzten Reden Poincarés ist auch die Revisionsklausel des Young-Planes strittig geworden. Nach seiner Formel kann der Young-Plan nur dann revidiert werden, wenn Amerika seine Gläubigerforderungen herabsetzt. Demgegenüber muß betont werden, daß der Young-Plan auch dann eine Revision des von ihm vorgeschlagenen Zahlungsplanes vorsetzt, wenn die deutsche Währung und das deutsche Wirtschaftsgeschehen in eine ernsthafte Gefahr geraten. Nach dem Young-Plan bestehen Revisionsmöglichkeiten, die Poincaré ablehnt. Es wird Aufgabe der deutschen Delegation sein, die Bestimmungen des Young-Planes gegen die französische These zu verteidigen.

Die politische Konferenz im Haag hat indessen noch größere Hindernisse zu überwinden, falls sie von Erfolg gekrönt sein will, nämlich jene ungeheuren Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten, die zwischen London und Paris liegen. Schatzkanzler Snowden erklärte vor wenigen Tagen im Unterhaus, daß England zur Annahme des Young-Planes überhaupt nicht verwilligt ist, daß es den Sachverständigenrat des Young-Komitees ablehnt und eine Revision des Verteilungsschlusses verlangt. Die Analyse, die Lloyd George dem Young-Plan in öffentlicher Unterhausrede gab, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Schatzkanzler Snowden pflüchte ihm in allen wesentlichen Punkten bei und erklärte: „Was immer das Ergebnis der Konferenz sein mag, so kann ich dem hohen Haus versichern, daß auf ihr keine britischen Interessen geopfert werden.“

Wenn die Engländer die von ihnen angeforderten Fragen auf der Haager Konferenz aufwerfen, woran kann zu zweifeln ist, dann stellen sie die ganze viermonatige Tätigkeit des Young-Komitees in Paris in Frage. Der ganze langwierige Streithandel wird dann wieder von vorne beginnen. Die Sachverständigen haben dem Beispiele der Dawes-Kommission folgend ausdrücklich betont, daß der Bericht ein unteilbares Ganzes ist. Nach nachfolgender Logik kann demgemäß der Young-Bericht nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Snowden scheint allerdings anderer Auffassung zu sein. Hier liegen Gefahren, denen nur mit äußerster diplomatischer Geschicklichkeit und entschlossenem Friedenswillen auszuweichen werden kann.

### Die deutsche Delegation

Aus Paris kommt die Meldung, daß Ministerpräsident Briand am Montag, dem 5. August nach dem Haag abreisen wird. Inzwischen gehen die Verhandlungen zwischen den Kabinetten eifrig weiter. Man nimmt an, daß Briand den Vorsitz der Konferenz beansprucht.

Die deutschen Reichsminister werden im Laufe des Mittwoch samlich in Berlin zurück erwartet. Der erkrankte Reichskanzler Müller wird allein fehlen. Am Donnerstag und Freitag, möglicherweise auch noch am Sonnabend, werden Kabinettsitzungen stattfinden, die sich vornehmlich mit dem Programm der Haager Konferenz befassen. Es steht fest, daß die deutsche Delegation, die von Dr. Stresemann geführt wird, weiterhin aus dem Reichsfinanzminister Dr. Hilferding, dem Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und dem Minister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth besteht. Selbstverständlich wird auch Staatssekretär Dr. Schubert der deutschen Delegation angehören. Wahrscheinlich wird auch Staatssekretär Dr. Bänder von der Reichskanzlei und Ministerialdirektor Dr. Gauß vom Auswärtigen Amt ihr angehören.

In den technischen Vorbereitungen für die Konferenz ist wie in den anderen Hauptstädten auch in Berlin

### Europas Zukunft wie sie Sempel sieht

Bei einem Vortrage, den der frühere Bundeskanzler Sempel bei der Eröffnung der 8. Jahresstagung des Weltstudentenwerkes heute in Aue über die Zukunft Europas hielt, erklärte Sempel, in dieser Frage sei jeder Pessimismus unbegründet. Europa brauche sich vor der sogenannten Amerikanisierung nicht zu fürchten. Die Nachricht, daß Briand in der nächsten Zeit einen föderalen Appell zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa oder doch wenigstens zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß Europas erlassen wolle, habe allenfalls größtes Aufsehen erregt. Für diese Initiative müsse man Briand besonders dankbar sein. Wenn es nun so scheint, als ob sich die anderen europäischen Staaten gegen eine europäische Wirtschaftsunion sehr skeptisch äußern, so sei daran nur wieder das Mißtrauen schuld. Ganz besonders zurückhaltend sei Amerika, das hinter den Vereinigten Staaten von Europa einen anti-amerikanischen Block vermutet. Es bleibe also Aufgabe der Politiker, Vertrauen zu verbreiten und damit die notwendigen psychologischen Voraussetzungen für eine Sanierung Europas schaffen.

### Paris am 1. August

Im Hinblick auf die von den Kommunisten für den 1. August angekündigten Kundgebungen auf der Straße hat der Innenminister heute nach einer Konferenz mit dem Polizeipräsidenten für Paris und das Seine-Departement bekanntgegeben, daß Umzüge und Versammlungen sowie sonstige Kundgebungen auf den Straßen nach wie vor verboten seien.

Jede Behinderung der Arbeitsfreiheit, jede Gewalttätigkeit, vor allem jeder Angriff der hierfür geschaffenen Kampfgruppen auf die Vertreter der Staatsgewalt werden energig bekämpft werden. Wer auf freier Tat ertappt oder im Besitz von Waffen betroffen wird, wird sofort der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Ausländer, die sich an den Kundgebungen beteiligen, werden ausgewiesen. Dem Polizeipräsidenten sind die zur Aufrechterhaltung der Ordnung nötigen Kräfte (den Blättern zufolge etwa 20000 Polizisten, die erforderlichenfalls durch Truppen verstärkt werden) zur Verfügung gestellt worden.

### Englands neue Ägypten-Politik

Die englisch-ägyptischen Verhandlungen werden in vierzehn Tagen soweit geblieben sein, daß die englisch-ägyptischen Beziehungen in dem Entwurf eines Bündnisvertrages neue Formen erhalten werden. Dieser Vertrag soll dann nicht nur zur Kenntnis der englischen Öffentlichkeit gebracht, sondern in Ägypten zum Gegenstand eines Wahlzuges gemacht werden. Die ägyptische Kammer soll, um zu dem Vertrag Stellung nehmen zu können, nach einem neuen Wahlgang, das in Ägypten ausgearbeitet werden soll, gewählt werden.

Soweit England in Betracht kommt, soll der neue Vertrag Ägypten volle innen- und wirtschaftspolitische Unabhängigkeit gewährleisten. Die englischen Truppen sollen sich auf die Aufgabe beschränken, den Suezkanal zu verteidigen. Sie werden, um ihren Mißbrauch bei innenpolitischen Auseinandersetzungen in Ägypten zu verhindern, in die Nähe des Suezkanals, also weg von Alexandria und Kairo, verlegt werden. England wird als Pate Ägyptens Aufnahme in den Völkerbund befürworten.

während der letzten Woche rege gearbeitet worden. Das mit Ausnahme des Reichskanzlers Müller jetzt wieder vollständig in Berlin weilende Reichskabinet hat jetzt die ernste Aufgabe, die Vorarbeiten zu überprüfen, zu werten und abzuschließen. Sachliche und politische Fragen von größter Tragweite haben der Beantwortung. Niemand täuscht sich über die Schwierigkeiten, die auf der bevorstehenden Haager Konferenz zu überwinden sind, zumal die Politik der Franzosen und die Ansprüche der Engländer kaum geeignet sind, die Lösung der Konferenzaufgaben zu erleichtern.

Über die Formalitäten der Einladung und die Frage des Vorzuges der Konferenz ist noch keine Entscheidung gefallen. Entweder kommt jetzt aus London die amtliche Erklärung, daß von einer Eintragung auf Verschönerung der Konferenz bisher nichts bekannt wurde. Wichtiger ist noch, daß die Konferenz in zwei Hälften zerlegt werden soll. Die eine Hälfte wird sich lebhaft mit finanziellen, die andere dagegen vorwiegend mit den politischen Fragen befassen. Diese Zerlegung der Konferenz bildet den Grund dafür, daß der englische Schatzkanzler Snowden und der Außenminister Henderson nicht gleichzeitig an den Verhandlungen teilnehmen werden. Wahrscheinlich liegen die Verhandlungen auch für die deutsche Delegation.

### Amerika beobachtet

Die in der europäischen Presse kursierende Meldung über die bevorstehende Entsendung des früheren amerikanischen Beobachters bei der Reparationskommission, Roland William Bogden, als Vertreter Amerikas zur Haager Regierungskonferenz werden dementiert, jedoch wird angedeutet, daß man in Washington beabsichtigt, einen inoffiziellen Beobachter nach dem Haag zu entsenden.

### Vor dem Friedensschluß im Osten

Ein chinesisches Mitglied der Direktion der Ostbahn und ein Vertreter der Charkiner Kommission für Auswärtige Angelegenheiten werden voraussichtlich heute abend in Mandschuria mit dem früheren sowjetrussischen Generalkonsul Melnikow zusammentreffen.

Melnikow wird China die Antwort Moskows auf die Vorschläge überbringen, die Melnikow am Tage vor seiner Abreise in Charkin von chinesischem Seite gemacht wurden.

In amtlichen Kreisen sieht man dieser Antwort der Sowjets mit großer Spannung entgegen. Man glaubt, daß ihr, wenn sie günstig ausfällt, die russisch-chinesischen Verhandlungen in Mandschuria folgen werden.

### Chinesische Unterhändler unterwegs

Nach Meldungen aus Schanghai hat sich der chinesische Friedensunterhändler Tschuljac am Dienstag von Schanghai nach Mukden begeben, um die Lage in der Mandschurie einer Prüfung zu unterziehen. Er hoffe, im Anschluß direkte Verhandlungen mit russischen Vertretern einleiten zu können.

### Befreiung des Franz-Joseph-Bandes durch die Sowjetunion.

Eine Expedition aus Sowjetrußland hätte die Sowjetflagge auf dem Franz-Joseph-Band zum Zeichen dafür, daß diese Inselgruppe entsprechend dem Erlaß des Zentralerekutiv-Komitees der Sowjetunion zum 15. April 1928 der Sowjetunion gehört.

### Das Befinden des Reichskanzlers.

Der wieder in Berlin eingetroffene Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hat auf der Reise dem Reichskanzler in Heidelberg einen Besuch abgestattet. Das Befinden des Kanzlers hat sich so gebessert, daß er jetzt Besuche empfangen und auch politische Unterhaltungen führen kann. Wie lange Hermann Müller noch in Heidelberg bzw. Mergentheim bleiben wird, ist aber nicht abzusehen.

### Tagung der Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale

Die Züricher sozialistischen Zeitungen teilen mit, daß am Sonntag im Volkshaus in Zürich die Exekutive der sozialistischen Arbeiterinternationale zusammengetreten ist. Anwesend waren Delegierte aus Argentinien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Kolumbien, China, Georgien, Großbritannien, Italien, Finnland, Österreich, Palästina, Rußland, Polen, Schweden, Rumänien, der Schweiz, der Niederlande, Ungarn und der Vereinigten Staaten. Die deutsche Sozialdemokratie ist vertreten durch Gröppel, Steiling und Vogel. Zum Tagungspräsidenten wurde Ribaut-Holland gewählt. Die Exekutive nahm einen Bericht über die Arbeitsleistung der Internationale entgegen und wählte die Kommission der Exekutive der Arbeiterinternationale in Ostasien zu. In der Diskussion über die allgemeine politische Lage in Europa kam die volle Einmütigkeit der sozialistischen Arbeiterinternationale in bezug auf die politischen Konsequenzen der Einigung in der Reparationsfrage zum Ausdruck. Zur Sprache kamen ferner die Balkanprobleme und die Politik der ungarischen Sozialisten in der Frage der Revision des Vertrags von Trianon. Zwei Kommissionen haben in der Sitzung Berichte über die Befreiung vorgelegt.